

Erzähler vom Westerwald

Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achtseitigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.

Aufschrift für Drahtnachrichten.
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Anzeiger für
Landwirtschaft, Viehzucht und Gartenbau.

Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzer in Hachenburg.

Nr. 23639

Grundpreis: wochentlich 3,70 M.,
monatlich 90 M., mit Frachtkosten; durch die
Post 2,55 M. beim Abz. ohne Bestellgeld.

Während des Krieges wählen die Freilagen wegfallen

Hachenburg, Donnerstag den 12. Dezember 1918.

Anzeigenpreis (einmalig im Voraus)
für 1000 Exemplare: 100 M., für 5000 Exemplare: 450 M.,
für 10000 Exemplare: 800 M., für 20000 Exemplare: 1500 M.,
für 30000 Exemplare: 2200 M., für 40000 Exemplare: 2800 M.,
für 50000 Exemplare: 3500 M., für 60000 Exemplare: 4200 M.,
für 70000 Exemplare: 4800 M., für 80000 Exemplare: 5500 M.,
für 90000 Exemplare: 6200 M., für 100000 Exemplare: 7000 M.

11. Jahrg.

Wegen der fast unumgänglichen Verbesse-
rung des Zeitungspapiers konnten wir in dieser Woche noch keine
Ausgabe ausgeben. In der vorliegenden Nummer
bringen wir die wichtigsten Nachrichten der letzten Tage
zusammen in einer Gesamtzusammenfassung zur Ausgabe. Die
Freitag-Nummer gelangt wichtiger Bekanntmachungen
werden gleichzeitig mit zur Ausgabe, während die
Samstag-Nummer wieder am Abend des Erscheinungs-
tages ausgeben wird. Hoffentlich können wir von nun
an den „Erzähler“ wieder geregelt herausbringen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich

Das Kriegsministerium hat strenge Maßregeln gegen
die Verschwendung von Heeresgut erlassen. Alle Kom-
mandobehörden und NSM werden dringend ersucht, diesem
unerschütterlichen Befehl mit allen Mitteln entgegenzutreten.
Die unberechtigten Verläufer und Käufer von Staats-
eigentum sehen sich schwerster Bestrafung aus.

Aber die Verwendung der russischen Botschafts-
gelder in Berlin, die der russische Botschaftler Joffe ver-
teilt hat, gibt dieser selbst näheren Aufschluß in einem
Telegramm, in dem er sagt, daß die Gelder dem jetzigen
Minister Barth übergeben worden seien zum Ankauf von
Waffen. Es seien zudem nicht bloß 105.000 Mark, sondern
mehrere hunderttausend Mark gewesen, die er an Barth
geholt hätte. Joffe schließt sein Telegramm mit den
Worten: „Indem ich das feststellen möchte, rühme ich mich,
durch diese meine Tätigkeit, die im Einverständnis mit
den unabhängigen Ministern Haase, Barth und anderen
geschah, auch für meine Person zum Siege der deutschen
Revolution nach Kräften beigetragen zu haben.“ Soweit
das Mitglied der Reichsregierung Haase in Betracht
kommt, erklärt dieser die Angaben Joffes für falsch.

Die in München (Munich) erfolgte Verhaftung von
Thüringen und anderer rheinischer Groß-
industrieller durch den dortigen NSM geschah wegen an-
geklagten Landesverrats, der darin erblickt wird, daß diese
in Dortmund eine Versammlung abgehalten hätten, in der
Thüringen gefordert hätte, man müsse unbedingt die Entente-
truppen ins Land rufen, um Ordnung zu schaffen. Die
Verhafteten bestritten, daß diese Versammlung überhaupt
stattgefunden hat, sie wurden aber trotzdem nach Berlin
gebracht, wo im Justizministerium über die Angelegenheit
beraten wird. Dort ist man, wie verlautet, zu dem Er-
gebnis gelangt, der Verdacht sei unbegründet, so daß die
Entlassung der Verhafteten bald erfolgen dürfte.

Die Wiener Behauptung von der Behinderung von
Zufahren nach Deutsch-Osterreich durch die bayerische
Regierung ist nicht zutreffend, wie letztere erklärt: Weder
eine solche noch eine ähnliche Summation ist jemals an die
Adressen der bayerischen Regierung gelangt und würde von
ihnen auch nicht angenommen werden. Die weitere Be-
hauptung, daß Kohlenvorräte, die für Deutsch-Osterreich
bestimmt waren, in München und Linz beschlagnahmt
worden seien, trifft, soweit es sich um München handelt,
nicht zu.

Zur Frage der Auslieferung der Türken wird von
außenbüßiger Seite erklärt, daß die türkische Volkskraft in
Berlin deren Verhaftung beantragt habe. Die Verhaftung
Lalaas wurde begründet mit politischen Vergehen. Auf
eine Auslieferung wegen politischer Vergehen hat die
Türkei keinen vertragmäßigen Anspruch und daher ist
der Antrag abgelehnt worden. Abgesehen hat Lalaas
Balka die Türkei verlassen, um der neuen Regierung
keine Schwierigkeiten zu bereiten. Als er von dem Aus-
lieferungserlangen erfuhr, hat er erklärt, daß er frei-
willig zurückkehren würde. Inver Balka und Schakir
befanden sich nicht in Deutschland. Bezüglich einiger an-
deter Jungtürken, die sich in Deutschland befinden, hat die
türkische Regierung die Auslieferung nicht nur wegen
politischer, sondern auch wegen anderer Vergehen be-
antragt.

Die Urkunde über die Abdankung des deutschen
Kronprinzen vom 1. Dezember liegt nun in Berlin vor
und lautet: „Ich verzichte hiermit ausdrücklich und end-
gültig auf alle Rechte an der Krone Preußens und an der
Kaiserkrone, die mir, sei es auf Grund der Thronbesteigung
Seiner Majestät des Kaisers und Königs, sei es aus einem
anderen Rechtsgrunde, zustehen mögen.“

Aber die Stellung des Kölner Erzbischofs zur
Reichsregierung waren Gerüchte im Umlauf des Inhalts,
daß der Erzbischof von Köln die großen Verdienste des
Papstes und Wilsons um Polen hervorheben. Diese Gerüchte werden
von Köln aus als völlig haltlos und unwahr bezeichnet.

Auf dem in Polen abgehaltenen polnischen Landtag
hob der Erzbischof von Polen die großen Verdienste des
Papstes und Wilsons um Polen hervor. Auch forderte er
die Anwesenden auf, in der Schule der Religionsunterricht
zu verlangen und damit gegen seine Streichung zu
protestieren. Zum Marschall gewählt wurde Abgeordneter
Nowicki, zum Vizepräsidenten Rymmer (Oberbesitzer). Dank-
und Guldsteins Telegramme wurden abgelesen an den
Papst und Wilson, an Lord George, Clemenceau, Orlando
und Wood, den Vermittler des preussischen Militarismus,
an die Tschechen und Südslawen. Aus der Ansprache des

Präsidenten Adamski geht hervor, daß der kommunistische
Volksrat bei Bismarck wegen Hilfe angefragt hat, aber
eine Ablehnung erhielt. Aus der Versammlung ertönten
Schandrufe auf Bismarck.

Von der preussischen Regierung ist die Aufhebung
des Geheimen Justizrates verfügt worden. Dieser war
der persönliche Verächter des ehemaligen preussischen
Königshauses und der kaiserlichen Familie Hohenzollern.
In diesen Sachen entscheidet jetzt in erster Instanz das
Landgericht in Berlin und in zweiter das Kammergericht.

Mit der Französisierung Elsass-Lothringens haben
die Franzosen sofort begonnen, noch ehe die Friedens-
konferenz über das Schicksal des Landes entschieden hat.
Alle deutschen Straßenschilder und Inschriften müssen
sofort entfernt werden. Das gesamte deutsche Lehrper-
sonal wird abgesetzt. Die deutschen Kollegien auf der
Universität werden heute schon eingestellt. In den Gym-
nasien und Schulen wird die Umbildung so schnell wie
möglich vorgenommen, wobei französische Lehrer, wönig-
lich Elsass-Lothringer, herangezogen werden sollen.

In Berlin hat sich die Garde für die Regierung
ausgesprochen, womit den Gerüchten von einer geplanten
gegenrevolutionären Aktion der preussischen Garde der
Boden entzogen wird. Zur Unterstützung der Regierung
wählte die Garde einen besonderen Ausschuss.

Die Germania berichtet über die neue Regierung in
Branschweig folgendes: „Präsident der Republik Braun-
schweig ist ein ehemaliger Kunststapler, ein Stellvertreter
als zweiter Präsident ist ein Journalist, der bis zum Tage
der Revolution im Kaffee-Magazin auftrat. Kultusminister
ist eine Frau, die kaum lesen kann und im Jahre 1915
wegen Unterschlagung aus dem Bureau eines Frauenvereins
entlassen wurde.“

Zu der schlechten Ernährungslage wird amtlich
mitgeteilt, daß diese in der Tat sehr bedenklich ist. Auch
in diesem Jahre sei der Ausfall der Getreideernte
erheblich überschätzt worden. Schon vor der Erhebung der
Prokration sei eine Differenz von 500.000 Tonnen vor-
handen gewesen. Endgültig lasse sich freilich der Stand
unserer Verlorenheit jetzt noch nicht übersehen, da die
Ernte ja noch nicht völlig geerntet sei.

Mit der Ausarbeitung der Verfassung der deutschen
Republik ist im Reichstag des Innern begonnen worden.
Es ist zu diesem Zweck bereits eine besondere Kommission
herausgegeben. Staatsrechtler haben sich daran, damit
der Entwurf der Nationalversammlung sofort beim Zu-
sammentritt vorgelegt werden kann. Vorher wird sich
eine Konferenz der Einzelstaaten damit befassen.

In einem Protest an die preussische Regierung wendet
sich der evangelische Oberkirchenrat gegen die Trennung
von Kirche und Staat. Er vermahnt sich dagegen, daß
auf Geheiß der Regierung durch andere als ge-
setzliche Anordnungen, insbesondere durch Verfügungen einer
vorläufigen Regierung, abgeändert werden. Er verlangt,
daß in jedem Falle Eingriffe des Staates in das innere
Leben der Kirche vermieden werden. Auf alle Fälle wird
eine vorherige Verständigung gefordert.

Rußland.

Nachrichten aus Charkow berichten von der Er-
mordung des russischen Kaiserhauses. Und zwar in
die Polischewitsch in Marjinsk die Großfürstin Sergen
und Nikolai Nikolajewitsch, Großfürstin Elisabeth Feo-
rowna, die Prinzen Johannes, Konstantin, Nikol und
Basil ermordet. Sie wurden gezwungen, in einen Ver-
schacht zu springen, wo ihre Leichen jetzt gefunden
wurden. Die russischen Blätter melden, daß derselbe
Trupp Polischewitsch die Karin und ihre fünf Kinder, deren
Leichen noch nicht gefunden worden sind, bevor sie die
Stunde in Marjinsk töten, ermordet haben.

Amerika.

Wie wenig man ernsthaft an ein Abkühlen denkt,
zeigt die Flottenverfälschung der Vereinigten Staaten.
Der Marineminister Daniels erklärt nämlich in seinem
Jahresbericht, er hoffe, daß die Zeit des Betrübens
bald vorbei sein werde, empfehle aber doch die Durch-
führung des angekündigten Programms. Im letzten
Jahre wurde die amerikanische Marine um 2 Schlacht-
schiffe, 36 Kreuzer, 28 U-Boote, 355 U-Bootsjäger und
18 Minensucher vermehrt. Gegenwärtig haben 406 Schiffe
im Dienst.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 9. Dez. Das Rücktrittsgesuch des spanischen
Botschafters, Baldo de Barnabe, ist von der Madrider Re-
gierung genehmigt worden.

Berlin, 9. Dez. Der Berliner Volksrat hat an die
russische Regierung einen Antrag gerichtet, in dem er
u. a. nochmals seine Freude über das angekündigte Eingehen
der russischen Delegation zur Tagung der deutschen NSM aus-
spricht. Die Reichsregierung hat bekanntlich die Beziehung
zur Sowjetregierung abgebrochen.

Einigkeit, 9. Dez. Auf der Tagung der Arbeiterräte
Münsterbergs wurde ein Antrag auf Abberufung der
Wahlterminen für die Reichs- und Nationalparlamente
(möglichst in die erste Hälfte Januar) mit großer Stimmen-
mehrheit angenommen.

München, 9. Dez. Die Regierung gibt bekannt, daß die

zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit bestimmten
Truppen angewiesen wurden, erforderlichenfalls von der
Waffe Gebrauch zu machen.

Hamburg, 9. Dez. Auch hier will man einer Gegen-
revolution auf die Spur gekommen sein, die einen Rutsch
inszenieren wollte.

Biel, 9. Dez. Der oberste Soldatenrat der Offi-
zierskation ist bekannt: Aus der Presse und anderen Mitteilungen
ist ersichtlich, daß ehemalige Angehörige der Marine im In-
lande in einer jeder Stellung hohnsprechenden Weise auf-
traten. Die Bieler Matrosen sprechen diesen Elementen ihren
tiefsten Abscheu aus.

Königsberg, 9. Dez. Wie aus Riga berichtet wird, ist
der Abtransport des aus 180.000 Mann und 55.000 Pferden
bestehenden Heeres mit großen Schwierigkeiten verbunden,
da vor allem die nötigen Transportmittel fehlen.

Reichstagsgeriach.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter.

OB. Berlin, 9. Dezember.

Unwillkürlich denkt man an die Reichstagskammern
von einst — aber doch wohl nur, weil die Herren des
Großberliner Soldatenrats sich lust in diesen schönen Reichs-
tagssaal zum Schauplatz ihrer Arbeit auferkoren haben.
Sonst findet man eigentlich nur Gegenstände, keine Ver-
gleichspunkte. Keine Spur von Feierlichkeit, die bis dahin,
bis in die Tage der Revolution, dem weiten Raum an-
haftete, mochte er von einem Wäckerbühnen oder von
Hundertern von Menschen angefüllt sein. Die drangvolle
Hölle der ersten zwei, drei Sitzungen ist allerdings über-
wunden; man sieht, man kontrolliert die Eingänge scharfer
als in den Zeiten des alten Oberhauses, man prüft
die Papiere und niemand wird hereingelassen, der sich
nicht unabweisbar ausweisen kann. Aber wie sie dann
den Saal betreten, in Mantel und Mütze, Zigarre
oder Zigarette im Munde, übermäßig jugendliche
Weibchen, erhält man den Eindruck, als sollten hier parla-
mentarische Verhandlungen vor sich gehen, auf denen man
einmal den Begriff einer würdevollen Feierlichkeit ver-
binden. In einer Ecke der Bundesratskammer, dort, wo
sonst immer die Sprecher, nicht die Sprecher der einzelstaat-
lichen Regierungen zu sitzen pflegten, wird eine Art von
Reichsversammlung eingerichtet, man hängt die Mäntel auf, oder
legt sie über die Brust, wie es eben gehen will. Ein
Kamerad ruft laut und ungeniert einen Namen in den
Saal hinein: Der Fernsprecher verlangt nach ihm. Man
ruft, man plaudert, auf den Plätzen liegen Druckfächer
herum, die bald auch den Fußboden zieren — kurz eine
Unbefangenheit lagert über der Versammlung, die mehr
nach alltäglicher Garmlosigkeit oder nach revolutionärer
Erregtheit aussieht. Auch das akademische Viertel wird,
nach guter deutscher Gewohnheit, reichlich überschritten;
so wie aber die allbekannte Glorie des Präsidenten ertönt,
tritt augenblicklich Ruhe ein.

Auch der Mann, der den Präsidentenstuhl dort oben
ziert, steht noch in jugendlichem Alter. Es ist nicht der
bisherige Vorsitzende; den hat man das letzte Mal in den
Vollversammlung beider, also muß ein Nachfolger für ihn
gewählt werden. Ein Vorschlag wird gemacht, und man
hat in dem Präsidium offenbar den Wunsch, die Sache
ohne viel Gerede abzutun. Aber da drängt es schon auf
in der Versammlung. „Gegenwärtig! Debatte!“ wird
gerufen. Gut, der Präsident lenkt ein. Aber der Mann,
der für das Präsidium in Aussicht genommen ist, springt
auf die Rednertribüne und führt sich mit einer gehörigen
Standpause an die Kameraden und Genossen ein: ob sie
etwa glauben, daß er, ein alter Gewerkschafter und
Parteigenosse, sich um neue Ämter zu bewerben brauche.
Es erteilt ihm schon an, hier immer stundenlange Geschäfts-
ordnungsdebatten über sich ergehen lassen zu müssen, wo
doch die Zeit so kostbar sei, sie sollten sich ruhig einen
anderen suchen und ihn ungeschoren lassen. Dieser Ton
wirkt. Mänschenstil wird es unten im Saal, keiner hat
noch den Mut, einen Gegenwärtigen zu machen und bald
thront der neue Herr auf dem Präsidentenstuhl.

Dieser Vorgang ist typisch. Er wiederholt sich fast
jedemal, wenn ein bestimmter Vorschlag gemacht wird,
der den Verhandlungen eine bestimmte Richtung geben
soll. Man soll, meint der Vorsitzende, statt hier „Klein-
lebenskrämererei“ zu treiben, zunächst einmal seine Auf-
merksamkeit den blutigen Ereignissen des letzten Freitag
zuwenden. Erregter Widerspruch aus der Versammlung,
die anscheinend befürchtet, daß ihre Tagesordnung
darüber zu kurz kommen könnte. Aber der Vorsitzende
trumpft entschieden auf, und es geschieht, was er für richtig
hält. Man muß sagen, die Leute sind sehr reich zu be-
ruhigen, sind leicht zu behandeln. Ist es die Ungewandtheit
in parlamentarischen Sitten und Gebräuchen, ist es das
Vertrauen zu ihren selbstgewählten Führern — in jedem
Falle, es ist mit ihnen fertig zu werden.

Zu den Führern, denen sie gern folgen, gehört der
bekannte Reichstagsabgeordnete Coblen-Neuf. Wie das
lebendige Gewissen des Soldatenrats von Groß-Berlin sieht
er immer oben zur Seite des Rednerpultes, eine Stufe
unterhalb des Präsidentenstuhls, jeden Augenblick bereit,
dem Vorsitzenden mit Rat und Tat beizuführen, die
Wogen der Erregung zu glätten, zu vermitteln, praktische
Hinke zu geben, die aus verfahrenen Situationen heraus-

Führen sollen. Mit dem Telegramm.

Organ muß es die Kontrollfunktion in neutraler Zone ruhig und ungestört. S. Räte werden von ihr nicht gelindert. Daher in neutralen Zonen aufzulösen. schließt sich A. u. S. Räte, die von Entente in neutraler Zone getroffen werden, werden verhaftet. Diesen Befehl erteilt Oberkommando 5 mit folgendem Zusatz:

Die A. u. S. Räte der Ortshäuser in neutralen Zonen sind aufzufordern, von heute ab ihre Tätigkeit einzustellen und ihre bisher ausgeübten Funktionen den zuständigen Behörden usw. zu überlassen. Neues Oberkommando wird unter Hinweis auf die Bestimmungen der Obersten Heeresleitung durch Verhängung der S. Räte gleiche Aufforderung an die A. u. S. Räte richten. Diese Anordnung mußte offenbar unter dem Druck der Entente erfolgen. Im vaterländischen Interesse wird daher ihre verständnisvolle und reibungslose Durchführung erwartet.

Demobilisationskommissar.

Wird veröffentlicht.

Hachenburg liegt in der neutralen Zone.

Hachenburg, den 13. 12. 1918. Der Bürgermeister.

Aufruf!

An die Bevölkerung des Kreises.

Es ist uns wiederholt zu Ohren gekommen, daß einzelne Landwirte, sogar ganze Gemeinden sich weigern, unter den jetzigen, veränderten Verhältnissen Lebensmittel für die Allgemeinheit abzugeben. Wir brauchen wohl nicht besonders darauf hinzuweisen, daß dieses Verhalten auf das schärfste zu verurteilen ist und das Gemeinwohl in der schlimmsten Weise schädigt.

In der jetzigen Zeit, in der Hunderttausende unserer tapferen Brüder und Kameraden zurückkehren, die seit fast 4 1/2 Jahren die schrecklichsten Leiden und Entbehrungen erduldet, mit ihren Weibern unsere heimliche Scholle beschützt und vor Verwüstung bewahrt haben, wollt ihr doch nicht diese bedauernswerten Menschen dem Hunger preisgeben? Das kann und darf eine Gemeinschaft nicht sein. Soll Ruhe und Ordnung in unserem Vaterlande herrschen, dann gebietet es die heiligste Menschheitspflicht, die Allgemeinheit namentlich aber unsere tapferen Krieger mit ihren Angehörigen nicht im Stich zu lassen. Sie haben für die Heimat gebüht, gelitten und gedurft. Sie dürfen nicht untergehen, sondern sollen leben.

Wenn trotz aller eindringlichen und wohlgemeinten Mahnungen die Ablieferung der Lebensmittel weiter zurückgeht, anstatt sich zu bessern, dann bleibt nichts anderes übrig, als wie bisher Zwangsmaßnahmen walten zu lassen.

Die Bevölkerung ist dann selbst schuld daran, wenn der verhängte Zwang wiederkehrt.

Der Arbeiter- und Bauernrat des Oberwesterwaldkreises.

Die Herren Bürgermeister des Kreises werden ersucht, vorstehenden Aufruf auf ortsübliche Weise bekannt machen zu lassen.

Wird veröffentlicht.

Hachenburg, den 3. 12. 1918. Der Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Personen, welche aus Haushaltungen mit Fleisch versorgt sind, haben auf die Dauer ihrer Selbstversorgung keinen Anspruch auf eine Reichsheischkarte. Besonders mache ich darauf aufmerksam, daß in vorliegendem Falle auch die Vorzugs-Reichsheischkarte für Küstungsarbeiter in Fortfall kommt.

Marientberg, den 21. November 1918.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Ulrich.

Wird veröffentlicht.

Hachenburg, den 4. 12. 1918. Der Bürgermeister.

Marientberg, den 28. November 1918.

Bekanntmachung.

Der Oberwesterwaldkreis hat zufolge Anordnung der Bezirks-Kreisstelle für den Regierungsbezirk Wiesbaden allwöchentlich 91 Küder aufzubringen und an die Sammelstellen abzuliefern. Der Kreis war in der letzten Zeit nicht in der Lage, seine Ablieferungs-pflicht zu erfüllen. Haushaltungen von Küdern können infolgedessen Küsten nicht mehr genehmigt werden. Alle nicht zur Zucht verwendbaren Küder müssen an die Sammelstelle abgeliefert werden.

Die Herren Bürgermeister ersuche ich, dies bei der Aufnahme von Haushaltungsanträgen zu beachten und für eine entsprechende Bekanntmachung zu sorgen.

Der Kreis-Ausschuß des Oberwesterwaldkreises.

Ulrich.

Wird veröffentlicht.

Hachenburg, den 7. 12. 1918. Der Bürgermeister.

Am Samstag, den 14. Dezember 1918, nachmittags von 1 bis 5 Uhr findet in dem Geschäft von Otto Schulz Wutterverkauf statt und zwar wie folgt:

von 1-2 Uhr Fettkarte Nr. 1-125	
" 2-3 " " " 126-250	
" 3-4 " " " 251-375	
" 4-5 " " " 376-Schluss	

Preis pro Pfund 4,30 M.

Hachenburg, den 11. 12. 1918. Der Bürgermeister.

Geschäftsempfehlung.

Nach Rückkehr aus dem Heeresdienste wird unser

Baugeschäft

in der früheren Weise weitergeführt und halten wir uns der geehrten Einwohnerschaft von Hachenburg und Umgebung zur

Übernahme von Neubauten und Reparaturarbeiten, Leitung und Abrechnung von Bauausführungen aller Art, Anfertigung von Zeichnungen sowie Kostenberechnungen und Ausführung sämtlicher Anstreicher- und Tapezierer-Arbeiten bestens empfohlen.

Baugeschäft Phil. Pabst,
Hachenburg.

Statt Karten.

Herzlichen Dank

Allen für die wohlthende Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Anny.

Familie A. Ecker.

Hachenburg, Dezember 1918.

Danksagung.

Anlässlich des Hinscheidens unseres teuren Entschlafenen

Herrn Lehrer Joseph Balser

wurden uns zahlreiche Beweise herzlicher Teilnahme erwiesen, wofür wir hiermit tiefgefühlten Dank aussprechen. Besonders danken wir Herrn Pfarrer Schardt für sein tröstendes Schreiben, der Gemeinde und dem Schulvorstand Nister, seinen Schülern, der Schule und der Jugend von Nister, dem kathol. Lehrerverein, seinen Amtskollegen, ferner für die vielen Kranzspenden und gestifteten hl. Messen und die Begleitung zur letzten Ruhestätte.

Rennerod, den 12. Dezember 1918.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die freundliche Aufnahme sprechen
Walther Schulz und Theodor Hoch
den Familien Schneider, Pfahmann und
Zint den besten Dank aus.

Stab Artl.-Rdr. 54.

Nassauer werbet für die Deutsche demokratische Partei!

Wir fordern:

1. Einen freien Volksstaat und bekämpfen jede Gegenrevolution von unten und oben.
2. Sofortige Wahlen zur Nationalversammlung nach der gleichen, geheimen und direkten Verhältnismahl für alle großjährigen Volksgenossen beiderlei Geschlechts.
3. Energische Fortführung der sozialen Gesetzgebung, Sicherung des Koalitionsrechtes aller Stände, Maßnahmen zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft, Schaffung von Bauernland durch Aufteilung von Domänen und geeigneter großer Güter.
4. Aufrechterhaltung der Ordnung, Sicherung des Eigentums, glatte Erledigung der Verwaltungsgeschäfte in Reich, Staat und Gemeinde und vor allem

Frieden, Arbeit und Brot!

Anmeldungen zur Deutschen demokratischen Partei erfolgen bei den Ortsvereinen oder bei der Geschäftsstelle des Landesverbandes in Wiesbaden, Bachmayerstr. 10.

Hoch Hachenburg!

Vom großen Kampf ziehn heimwärts durch
Wir rauhen Kriegerjahren,
Und fanden hier in Hachenburg
Wahrhaftig nicht Barbaren.
Recht liebe Deutsche sind es all,
Die uns Quartiere gaben,
Denn konnten wir auf jeden Fall
Uns heimisch wieder laben.
Wir danken herzlich für die Müß'
Und Güte — ohn Geflüster —
Denn Hachenburg vergessen nie
Die 166er Junker.

Bestellungen auf Zeitschriften

Wie
Woche, Leipziger Illustrierte, Berliner Illustrierte, Lustige Blätter, Megendorfer, Kladderadatsch, Ueber Land und Meer, Romanzeitung, Buch für Alle, Gartenlaube, Zeit im Bild, Kindergarderobe, Wäschezeitung, Zur guten Stunde, Nimm mich mit usw. usw.

für 1919 bezw. 1. Vierteljahr 1919

bitten wir gefl. umgehend, möglichst aber bis zum 20. d. M. aufzugeben. Zur Besorgung sämtlicher Bücher und Verlagswerke, sowie aller neuerschienenen Bücher zu Originalpreisen hält sich bestens empfohlen

Buchhandlung Th. Kirchhübel, Hachenburg.

300 Mark Belohnung

erhält derjenige, welcher mir die Person namhaft macht, die aus meiner Baumschule Apfel- und Birnenhochstämme gestohlen hat.

A. Hoffmann, Hof Sophiental.

Hochofenarbeiter

gesucht.

Actiengesellschaft Charlottenhütte
Niederschelden, Sieg.

Karl Baldus, Hachenburg.

Särge

von Nr. 50, — an bis zu
feinsten Ausführungen.
Überführungen per Kasse
und Bahn.

Leichenwäße aller Art
stets vorrätig.

Bestellungen auf Christbäume

werden möglichst umgehend
erbeten.

Karl Mauer, Hachenburg.

Mädchen

für halbe Tage gesucht.
Frau Geinr. Tiedbach
Hachenburg.

Mädchen

für Vormittags gesucht
Hachenburg, Bahnhofstr.
b. Stahl I.

Ordentliches Mädchen

gegen hohen Lohn gesucht.
Melühle
Seinrich Altkner 2.
Sirtfeld.

Freiwilliges, christliches

Mädchen
nach Amsterdam gesucht.
Näheres bei Frau Literat
Böhr, Hachenburg.

Ordentlicher Arbeiter

für häusliche Beschäftigung
sucht per sofort
Hotel zur Krone
Hachenburg.

für Januar ein tüchtiges,
zuverlässiges

Hausmädchen

gesucht, welches schon ge-
dient hat.
Frau Josef Busch
Lindburg
Frankfurterstraße 40.

Gutes

Heu und Stroh
zu kaufen gesucht.
Gustav Berger & Cie.
Hachenburg.

Junge Ferkel

und
2 Läufer Schweine
zu verkaufen.
A. Hoffmann
Hof Sophiental.